

Mahnung daran, was es heißt, mit der Privatheit, die das Intime garantiert, auch das Individuum abzuschaffen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1996): *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Zweite Auflage. Frankfurt a.M.
- Bakker Schut, Pieter H. (Hrsg.) (1987): *das info*. Briefe von gefangenen aus der raf aus der diskussion 1973–1977. Hamburg.
- Bandhauer-Schöffmann, Irene/Laak, Dirk van (Hrsg.) (2013): *Der Linksterrorismus der 1970er Jahre und die Ordnung der Geschlechter*. Trier.
- Berlant, Lauren (Hrsg.) (2000): *Intimacy: A Special Issue*. In: dies.: *Intimacy*. Chicago/London, 1–8.
- Grisard, Dominique (2011): *Gendering Terror*. Eine Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus in der Schweiz. Frankfurt a. M./New York.

- Irigaray, Luce (1979): Wenn unsere Lippen sich sprechen. In: dies.: *Das Geschlecht, das nicht eins ist*. West-Berlin, 211–224.
- Irigaray, Luce (1989): Eine Chance zu leben. In: dies.: *Genealogie der Geschlechter*. Freiburg, 285–322.
- Irigaray, Luce (1991): Die Selbstliebe. In: dies.: *Ethik der sexuellen Differenz*. Frankfurt a.M., 73–87.
- Irigaray, Luce (2004): *The Intimate Requires Separate Dwellings*. In: dies.: *Key Writings*. London/New York, 28–31.
- Jelinek, Elfriede (1990): *Wolken*. Heim. Göttingen.
- Kristeva, Julia (1989): *Geschichten von der Liebe*. Frankfurt a.M.
- Terhoeven, Petra (2013): *Deutscher Herbst in Europa*. Der Linksterrorismus als transnationales Phänomen. München.
- Theweleit, Klaus (1998): *Ghosts*. Drei leicht inkorrekte Vorträge. Frankfurt a.M./Basel.
- Tolmein, Oliver (2002): Vom Deutschen Herbst zum 11. September. Die RAF, der Terrorismus und der Staat. Hamburg.

Teresa Bücker

Gestärkte Bewegungen, geschwächte Aktivistinnen? Das Dilemma des Onlineaktivismus

»Once the personal is political we are left with the politics of the personal. There is no relationship that can serve as a retreat from politics; there is no space simply to be in one's difference.« (Dean 1996, 6)

Die Verletzbarkeit dieses Textes beginnt mit dem Öffnen des Dokuments auf dem Laptop. Drahtlos ist er mit dem Internet verbunden, die Linse der Webcam glänzt im Licht der Schreibtischlampe, meine Notizen und Nachrichten liegen nahezu nackt in der *Cloud*. Das Netz ist im Licht

der Enthüllungen rund um die Überwachungssysteme von Regierungen, die wiederkehrenden Datenlecks von Unternehmen und stets zu hackenden Schutzsysteme zu einem gebeutelten Ort geworden. Dass die Kommunikationsbahnen der digitalen Welt von Anfang an Infrastruktur für ein dystopisches Kontrollszenario waren, tritt mit jeder Enthüllung über die NSA und Spionagesoftware wie *Prism* und *Tempora* deutlicher zu Tage. Eine neue demokratische Öffentlichkeit, die einst süße Verheißung des technolo-

gischen Fortschritts war, liegt im Schatten einer verwundeten Intimsphäre. Nichts ist mehr privat – selbst im Rückzug aus der Öffentlichkeit – wenn wir begonnen haben über das Netz miteinander zu sprechen.

In einem idealistischen Weltentwurf dient digitale Kommunikation der Emanzipation des Menschen; die stützende Rolle von netzbasierter Technologie für soziale Bewegungen und die neue Einfachheit des Zusammenschlusses von Menschen mit ähnlichen Anliegen haben dabei klar gezeigt, dass die Sorge um Vereinsamung und Individualisierung, nicht aufgegangen ist. Tatsächlich zeigt das Netz immer wieder und wieder die Sehnsucht nach Gemeinschaft und Kooperation. Der amerikanische Internettheoretiker Clay Shirky fasste das Revolutionspotential sozialer Medien auf einem Vortrag 2011 folgendermaßen zusammen: »Governments are not afraid of informed individuals. They are afraid of synchronized actions« (Shirky 2011). Nähe entwickelt sich zwischen Menschen, die auf verschiedenen Kontinenten Worte in ein Textfenster tippen und voneinander kein Bild haben. Eine Person, die in ihrem Umfeld keinen Anschluss gefunden hat, liest den Blogtext einer fremden Autorin und findet ein emotionales Zuhause. Feminist_innen, die sich vorrangig online engagieren, erzählen häufig, über Blogs und soziale Netzwerke das erste Mal Kontakt zu ähnlich Denkenden gefunden zu haben, und schließlich Teil einer Gruppe geworden zu sein. Das Internet ist also nicht nur Informationsmedium, es hilft auch dabei, Menschen zusammenzubringen, Vorgehensweisen abzustimmen und sie in »Bewegung« zu setzen. Je einfacher es jedoch ist, Kommunikation, die im Geheimen und nur unter eingeladenen Teilnehmenden stattfindet, auszuspionieren, desto geringer wird der Nutzen von digitalen Instrumenten für aktivistische Arbeit sein.

Mit der Schaffung einer virtuellen Persona haben wir keine schützenden Doppelgänger_innen gewonnen. Die gewollte, die zufällige und die erzwungene Entblößung über Mitteilungen im Netz und entstehende Datenpakete hat uns zwar offener, doch auch verletzbarer gemacht. Neben neuen Möglichkeiten, zu sprechen und zu agieren, ist die Angriffsfläche, die eine jede und ein jeder von uns bietet, um ein Vielfaches größer geworden, denn Information kann insbesondere gegen politisch aktive Menschen verwendet werden. Welche Information dabei verletzbar macht, kann kaum vorhergesehen werden.¹ Wirksame Verschlüsselung von Daten und gesetzliche Regelungen zu einem starken Datenschutz sind für Aktivist_innen daher von großer Relevanz.

Der gläserne Staat, der über Konzepte wie *E-Government*, *Open-Data* und Bürger_innenbeteiligung mehr Transparenz intendiert, und der gläserne Mensch, dessen Daten überall gesichert und damit nicht mehr sicher sind, haben noch nicht über ihre neue Verwundbarkeit verhandelt. Wenn ein Chip alle Daten zu ärztlichen Behandlungen speichert und Krankheiten besser erinnert, als wir selbst, erscheint die Gesundheitsdiktatur, die Juli Zeh in *Corpus Delicti* (2009) beschreibt, nicht mehr als unwahrscheinlich.

Der Mensch des 21. Jahrhunderts zeigt sich als dreifaltige Person: Der private Mensch, der das Selbstbild prägt und der sich nur im Kontakt mit engen Vertrauten zeigt. Die digitale Persona, die über ausgewählte Informationen eine Form erhält. Und die fortlaufende Fremddokumentation des Lebens über Daten, die bewusst abgegeben und unbewusst aufgenommen werden. Über die letzte Person wissen wir,

¹ Im Interview mit »DIE ZEIT« erläutert die Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg, wie sie über selbst vermeintlich unschuldige Informationen als Studentin in der DDR erpresst wurde (Hähning/Locke 2014).

obwohl in der Theorie alle Daten systematisch ausgewertet, sortiert und durchsucht werden können, selbst am wenigsten.

Datenschutz ist das eine Spannungsfeld des Lebens mit dem Netz. Doch auch miteinander, in den oft ganz persönlichen Dimensionen, ist das neue digitale Leben als Ort der Entfaltung sowie friedlicher und fruchtbarer Debatten nicht eingelöst worden. Die Utopien, dass in einer körperlosen Welt Geschlecht fluide und wechselbar sein kann, dass Anonymität uns schützt und spielen lässt, dass alle teilhaben können, sind vorerst gescheitert. Denn das Netz ist nicht frei von Diskriminierung, Bedrohungen und Gewalt. Der Blick in die Artikelkommentare von Medien, alltägliche Interaktion zwischen Nutzer_innen sozialer Netzwerke und die Erfahrungen von Aktivist_innen belegen dies beispielhaft. Bestehende gesellschaftliche Strukturen haben sich im Netz fortgeschrieben, vielleicht verstärken sie sich sogar. Die digitale Kluft erstreckt sich über verschiedene demographische Faktoren: Abgehängt sind vor allem Menschen mit wenig Erwerbseinkommen, mit wenig formaler Bildung und ältere Frauen (Initiative D21 e.V./TNS Infratest GmbH 2013). Die Frauen, die digitale Kommunikation nutzen, erleben darüberhinaus im Internet vielleicht das erste Mal die Androhung physischer Gewalt, Übergriffe und Stalking, während die Welt abseits von Computern und Smartphones heil erschien. Damit werden zentrale feministische Fragen nach Selbstbestimmung und Freiheit auch für die virtuellen Welten aufgeworfen: nach Schutz vor Verletzungen, gleichen Chancen und Geschlechtergerechtigkeit, neuen Entwürfen von Privatheit und Intimsphäre.

Als wichtig erachte ich es zudem herauszustellen, dass Aktivismus im Netz nicht gleichzusetzen ist mit »Aktivismus light«. Als Mensch, der mit Zugang zum Internet aufgewachsen ist, gibt es für mich

die Trennung zwischen online und offline nicht mehr. Es gibt nicht das »echte Leben«, kein *Real Life* und kein rein virtuelles. Jeder Mensch hat nur ein einziges davon. Für Aktivist_innen ergibt sich daraus erstens, dass gesellschaftliches Engagement im Internet real ist: Es bedeutet Aufwand und Anstrengung. Zweitens erleben sie Reaktionen auf ihr Engagement unmittelbar, sie bewirken Gefühle. Seien es nun Erfolgserlebnisse, vermisste Wertschätzung oder gewaltsame Übergriffe – all das, was Aktivist_innen im Zuge ihres Engagements im Netz erfahren, ist echt und wirkt auf sie ein.

Netzöffentlichkeit?

Aktivist_innen brauchen neben Privatsphäre und Schutz jedoch auch öffentliche Räume, in denen sie sich frei bewegen und reden können. Sie beanspruchen Möglichkeiten der Teilhabe und demokratischen Beteiligung. All diese Anliegen lassen sich jedoch nicht in einer eigenständigen Netzöffentlichkeit bearbeiten. Um Definitionen und gesetzliche Regelungen darüber, was privat, persönlich und intim sein soll, neu zu bestimmen, sowie Regeln für den um das Internet erweiterten Lebensraum zu schaffen, muss darüber verhandelt werden. Das setzt Auseinandersetzungen und Bündnisse mit anderen politischen Akteuer_innen und Gruppen voraus. Digitale und analoge Welt sind bereits so stark miteinander verschmolzen, dass eine neue politische Öffentlichkeit die noch bestehenden Grenzen im politischen Raum auflösen müsste, um die Diskurse um Fragestellungen von Rechten im Netz angemessen bearbeiten zu können. Eine politische Öffentlichkeit, die mit einem feministischen Ansatz Fragen von Privatsphäre, Freiheit und demokratischer Teilhabe bearbeiten wollte, müsste zudem zuallererst Inklusion thematisieren, um den Fehler zu vermeiden, besonders stark marginalisierte und

von Gewalt betroffene Gruppen, die sich im Netz bewegen (wollen), zu überhören. Eine Aufgabe, die sich für Aktivist_innen, politisch Organisierte und Theoretiker_innen stellt, ist es, Konzepte für eine neue politische Öffentlichkeit zu entwerfen, die Diskurse und politisches Handeln in der Virtualität miteinschließt und sich für neue Formen der Interessensvertretung öffnet.

Feministische Onlinecommunities

Der Bedeutungsgewinn digitaler Kommunikation wird aus kulturpessimistischen Perspektiven oft mit Überforderung gleichgesetzt: mit Beschleunigung, ständiger Erreichbarkeit und Informationsüberfluss – aber auch mit einem allgemeinen Qualitätsverfall des öffentlichen Diskurses.

Über das Netz können Menschen heute transnational, mehrsprachig und rund um die Uhr in Teilöffentlichkeiten, auch Communities genannt, aktiv sein und interagieren. Eine positive feministische Perspektive kommt daher zu dem Schluss: Die neuen Netzwerke vergrößern das Potenzial für soziale Bewegungen. Über *Hashtags* wie #aufschrei entstand eine neue Community von Menschen, die eine Diskussion auslöste, doch heute als abgrenzbare Gruppe nicht mehr zu verorten ist. Das *Hashtag* brachte sie als temporäre, lose vernetzte und doch mächtige Community zusammen. Ob eine virtuelle Community, wenn sie doch Gemeinschaft mit Gleichgesinnten schafft, ein durchweg positives Phänomen ist, muss untersucht werden. Wirken digitale Communities für ihre Mitglieder emanzipatorisch? Können sie die geschützten Orte sein, die Aktivist_innen brauchen? Treten sie in Austausch mit anderen Gemeinschaften? Bilden sie Ausschlüsse? Sorgen sie für ein Mehr an öffentlicher Meinungsbildung? Unterdrücken sie einander? Bewirken sie

kritisches Denken, Innovation oder Konformität? Wachsen sie zu stabilen Gruppen heran, die dauerhaft Einfluss nehmen können oder wollen? Entstehen sie spontan und lösen sich wieder auf? Eine wichtige Unterstützung für Onlineaktivist_innen könnte aus diesem Grund in wissenschaftlichen Arbeiten zu digitalen Communities und ihren Aktionen bestehen, um zu verstehen, wie sie besser funktionieren können.

Die #aufschrei-Debatte in Deutschland

Die Debatten über Sexismus, die sich das ganze Jahr 2013 quer durch alle Medien zogen und in denen breit und aus vielen Perspektiven diskutiert wurde, haben vor allem bei Feminist_innen zunächst Euphorie hervorgerufen. In den *feministischen studien* etwa lobte Ulla Wischermann #aufschrei als Erfolg, da den Aktivist_innen etwas gelang, »was herkömmlichem feministischen Protest seit Jahrzehnten nicht mehr gelingt: frauenpolitische Themen in Mainstream-Medien unterzubringen« (Wischermann 2013, 192). Hier habe eine feministische Intervention »politische Gelegenheitsstrukturen« (ebd.) genutzt und aktiv mitgestaltet. Endlich wurde der alltägliche Sexismus, der noch immer existiert und selten geächtet wird, massenmedial thematisiert. Endlich wurden neue Akteur_innen auch abseits feministischer Communities sichtbar, wurde der Diskurs vielstimmiger. Teilweise gelang es sogar, die Verschränkung von Diskriminierungen aufzuzeigen und aus der Dichotomie des heteronormativen Zusammenlebens auszubrechen. Denn dass Sexismus nicht allein ein Alltagsproblem zwischen Frauen und Männern ist, sondern zum Beispiel Verschränkungen mit Homophobie, Rassismus und Lookismus aufweisen kann, wurde zumindest von Aktivist_innen verschiedener Strömungen

in Blogs und sozialen Netzwerken intensiv diskutiert (vgl. Lantzsch 2013).

Ein *Tweet*, also ein Beitrag, den nahezu jede_r hätte schreiben können, setzte Wellen in Gang: Wellen der Solidarität und Ermutigung, des Trostes und des Gemeinschaftsgefühls, des Wutabbaus, der Befreiung. Ein *Tweet* beendete das Schweigen, er machte Gesprächsangebote, bewirkte Selbstkritik und Reflexion, er jagte einigen »Mächtigen« einen gehörigen Schrecken ein. Dieser *Tweet*, und alle, die folgten, standen symbolisch für das demokratische Versprechen des Internets. Im Juni 2013 wurde #aufschrei der »Grimme Online Award« verliehen: Ein Preis für alle Personen, »die sich konstruktiv an #aufschrei beteiligt haben«. So lautete es auf der Urkunde. Das erste Mal war ein *Hashtag* für den Award nominiert. Doch mit der Würdigung der vielen Beteiligten wurde der Preis einer sozialen Bewegung zuerkannt, nicht dem Medienformat, das über den Kurznachrichtendienst aus vielen einzelnen *Tweets* eine unendliche Geschichte gemacht hatte. In der Laudatio hieß es: »Dabei belegt #aufschrei eindrucksvoll, wie der Brückenschlag zwischen digitalem Resonanzraum und arrondierenden publizistischen Leistungen gelingen kann. Der Wunsch der Jury, die diese Nominierung intensiv diskutierte: Weitere gesellschaftlich virulente Themen sollen eine digitale Diskussionsheimat finden, gestützt von einer neuen, verzahnten On- und Offline-Debattenkultur« (Grimme Institut 2013). Wer hätte nur wenige Monate zuvor gedacht, dass diese neue kulturelle Praxis ausgerechnet von Frauen, die sexualisierte Übergriffe erfahren hatten, eindrucksvoll in der Öffentlichkeit verankert werden würde? Die Wucht, mit der die Betroffenheit einer schweigenden Mehrheit zu einem ständig wachsenden, öffentlichen digitalen Archiv wurde, trug dazu maßgeblich bei. #aufschrei fühlte sich für mich als Aktivistin

einen Augenblick so an, als würde eine große Bewegung heranbrechen, die ich nur aus den Erzählungen älterer Feminist_innen kannte. Ein Hauch Revolution, der digitale und analoge Welt vereint und gemeinsam in Bewegung setzt.

Diskurswandel am Beispiel von #aufschrei

#aufschrei ist etwas gewesen, das ich als Moment einer neuen politischen Öffentlichkeit beschreiben möchte. Denn das *Hashtag* funktionierte als Brückenschlag zwischen verschiedenen Communities, er zeigte sich online und offline. Ein Phänomen, das seinen Ursprung im Netz hatte, fand ernsthafte Resonanz in großen Medien und auf bundespolitischer Bühne. Neu an diesem Moment der Öffentlichkeit war außerdem, dass sich die Eigenschaften und Rollen der Akteur_innen in der Medienöffentlichkeit veränderten. Da Mainstream-Medien lange kein Ort waren, an dem Feminismus abseits von Klischees sichtbar werden konnte, haben digitale Bündnisse eigenständige Bühnen hervorgebracht. Über soziale Netzwerke und Blogs können sich Geschichten ohne Nachrichtenagenturen und journalistisches *Gatekeeping* entwickeln und Knotenpunkt einer vernetzten Erzählung bleiben. Anstatt dass über die Beteiligten von #aufschrei gesprochen wurde, sprachen sie selbst. Heruntergebrochen auf die Kommunikationsebene bei Twitter, in anderen sozialen Netzwerken und Blogs sprach jede und jeder für sich selbst. Genau das befreite die Erzählenden aus der so genannten Opferrolle, die immer wieder von denjenigen Kritiker_innen angeführt wird, die das Narrativ von #aufschrei als wenig emanzipatorisch begreifen. So wie die konservative Publizistin Birgit Kelle, die für das wertkonservative Onlineportal »The European« einen Text schrieb, der eine hohe Verbreitung über

soziale Netzwerke fand. Darin verfiel Kelle ins *Victim-Blaming*, sprach von einer »Neuaufgabe des Opferabos« und empfahl Frauen, sie sollten schlicht »die Bluse zumachen« anstatt sich über sexuelle Belästigung zu beschweren (Kelle 2013). Sie übersah damit, dass Frauen, die unter #aufschrei ihre Erfahrungen im Netz teilen, sich nicht klein machen wollten, sondern Widerstand leisteten und ihr Schritt in die Öffentlichkeit auch ein Stück Macht bedeutete. Das Momentum, das #aufschrei für kurze Zeit schuf, erlaubte Menschen verletzlich zu sein und machte sie gleichzeitig stark.

Schwäche und Intimsphäre

Mit der Betrachtungsweise, Verletzbarkeit und Stärke gemeinsam in sich zu tragen, lassen sich auch Debatten und Berichterstattungen über andere Gruppen analysieren, die entweder als schwach dargestellt werden oder tatsächlichen Unterdrückungsmechanismen unterworfen sind. Als schwach betrachtet werden sie oftmals aufgrund von Eigenschaften, die als intim gelten und tabuisiert werden, wie zum Beispiel Armut und Krankheiten. Wenn Details der Intimsphäre grundsätzlich Verletzlichkeit bedeuten, die Betroffenheit auf dieser intimen Ebene aber gleichzeitig von politischer Relevanz ist, ergibt sich ein Dilemma statt eines Handlungsspielraums. Die Intimsphäre ist daher nicht ausschließlich etwas, das Menschen geheim halten wollen und das den geschützten privaten Rahmen konstituiert. Hier offenbaren sich auch Bedürfnisse, die allein und im engen sozialen Bezugsrahmen nicht zu lösen sind und Gegenstand einer Fürsorgepflicht für andere sein können. Die Dinge, die »uns alle« angehen, wie Armut und Gewalt, aber auch psychische Erkrankungen oder gleiche Rechte und Anerkennung für Homosexuelle oder Transidente, sind jedoch in dieser Gesellschaft etwas, das oft ver-

steckt wird und für die Betroffenen mit Scham verbunden ist. Ein feministisches Anliegen muss es daher sein, zu analysieren, über welche gesellschaftlichen und politischen Mechanismen Scham entsteht und wie das Label »Intimsphäre« soziale Probleme versteckt, die eine aufgeklärte Gesellschaft lösen will und kann. Intimsphäre soll schützen, nicht Leid verdecken und verletzen. Im Abschnitt zu *Post-Privacy* werde ich noch darauf eingehen, warum das Verlassen der Intimsphäre politisch sein kann.

Ein Schritt vor, zwei zurück?

#aufschrei und andere digitale Aktionsformen für feministische Anliegen haben auch schmerzhaftes Seiten von Aktivismus gezeigt. Eine Person, die öffentlich agiert – und im Internet wird diese Öffentlichkeit auch unter Pseudonymen hergestellt – wird angreifbar, wird angegriffen. Hassattacken und Drohungen über das Internet gewinnen leicht ein Ausmaß, das mit Alltagserfahrungen nicht vergleichbar ist und die Betroffenen unvorbereitet trifft – ohne Schutzschild und *Coping*-Strategie. Netzaktivist_innen berichten immer wieder nicht nur von Hassmails, sondern auch von Vergewaltigungs- und Mordandrohungen.² Diese Anfeindungen und die psychische Gewalt wegstecken zu können, hängt meist von ganz persönlichen Ressourcen ab. Die Aussichten auf erfolgreiche Strafverfolgung sind gering, die entstandenen seelischen Verletzungen bleiben. Gerade in Onlinebewegungen, die nur lose organisiert sind, gibt es kaum etablierte Sicherheitsnetze oder Gruppen, die sich in jedem Fall solidarisieren und

² Die Aktivistin Anne Wizorek zeigte auf ihrem re:publica-Vortrag am 8.5.2013 beispielhaft Auszüge aus den E-Mails, die sie im Zuge der #aufschrei-Debatte bekommen hatte. Video: <https://www.youtube.com/watch?v=B3c4UMnX7ig> (24.12.2013).

Hilfe leisten. Die Spontanität und Offenheit, von der Onlineaktivismus zunächst profitiert, stellt sich als Hürde heraus, wenn es darum geht, *Safe-Spaces* und verlässliche Beziehungen zu schaffen. Aus der Erfahrung mit #aufschrei würde ich Aktivist_innen heute raten, vor gezielten Kampagnen oder im Zuge spontaner Aktionen Rückzugsräume, emotionale Unterstützung und rechtliche Beratung zu organisieren.

Engagierte Nutzer_innen können zudem innerhalb ihrer Communities in persönliche Konflikte mit anderen Personen geraten. Ihre privaten, politischen und professionellen Interessen können sich widersprechen und provozieren so innere Konflikte oder wirken sich konkret aus auf Lebensaspekte wie die Zeiteinteilung für Erwerbsarbeit, Kontaktpflege, Entspannung und Schlaf. Wie jedes politische Engagement erfordert auch Onlineaktivismus einen hohen Zeiteinsatz, der psychisch und physisch anstrengend sein kann. Aktivismus birgt ein Risiko, sich zu verausgaben und auszubrennen. Aktivist_innen sprechen dann vom *Feminist Burnout* (vgl. Valenti 2013). Die Selbstidentifikation als Aktivistin oder politische Person kann insbesondere unter Druck fragil und damit dauerhaft nur schwierig aufrecht zu erhalten sein. Nutzer_innen unterbrechen oder beenden ihr Engagement: Twitter-Accounts und Blogs verschwinden. Die Revolution frisst ihre Kinder oder: In der digitalen Revolution löschen sich ihre virtuellen Kämpfer_innen selbst. Solange der beste Schutz für Aktivist_innen der Selbstschutz ist, wird die Idee einer neuen politischen Öffentlichkeit scheitern.

Backlash und Filterblasen

Ein weiterer Aspekt, der im Kontext von #aufschrei Ansatz für weitergehende Analysen und Forschung sein kann, ist die

Mobilisierung von Menschen, die andere Positionen einnehmen oder gar bestimmte Gruppierungen klein halten oder mundtot machen wollen. Die Sozialpädagogin Isolde Aigner stellte auf der Tagung »Frauenfeindlichkeit« der Evangelischen Akademie Tutzing im Juli 2013 in Frage, ob #aufschrei vor allem Positives im Geschlechterdiskurs bewirkt habe. Insbesondere die medialen Schauplätze der Auseinandersetzung hätten neue Bühnen für Antifeminist_innen geschaffen, so Aigner. Die bereits genannte Autorin Birgit Kelle veröffentlichte im Sommer 2013 das Buch *Dann mach doch die Bluse zu*, zu dem sie in Mainstreammedien und Talkshows – als Vertreterin eines »neuen Feminismus« – Interviews gab. Tatsächlich vertritt Kelle jedoch antifeministische Positionen und offenbart eine heterosexistische Haltung.

Neben dem öffentlichen Einfluss der Menschen, die in großen Medien das Engagement von Feminist_innen kritisierten und Sexismus als Problem relativieren wollten, waren antifeministische Positionen selbstverständlich auch in der digitalen Massenkommunikation zu finden. Ob #aufschrei daher als persönliches »Empowerment« empfunden wurde, ob die Debatte Haltungen zu Sexismus verändert hat, ob sie überhaupt wahrgenommen wurde, ist höchst subjektiv und hängt unter anderem von der Alltagsrealität ab, in der sich eine Person bewegt.³ Je nachdem, mit wem ich heute das Gespräch suche, kommt es vor, dass der Begriff #aufschrei gänzlich unbekannt ist, dass Männer mir erzählen, sie hätten das Ausmaß des alltäglichen Sexismus erst in den Wochen der #aufschrei-Debatte verstanden und versuchten nun, etwas zu ändern. Manche

³ Persönliche Beziehungen und Kommunikationspräferenzen konstruieren das, was im Netzjargon oft als »Filterblase« bezeichnet wird und kritischer Hinweis darauf sein soll, dass Debatten in sozialen Netzwerken selten repräsentativ sind.

Frauen fanden die Debatte überzogen und für sich selbst nicht nachvollziehbar. Nach der Bundestagswahl sprach ich mit einem Journalisten, der meinte, #aufschrei und weiteres Engagement von jungen Feminist_innen habe die FDP zu Fall gebracht – eine schlicht überzogene Annahme, die ein deutliches Unbehagen gegenüber der neuen Sichtbarkeit junger feministischer Stimmen aufzeigte.⁴ Im Jahresrückblick 2013 des »heute journal« (ZDF) hatte der Autor #aufschrei als erstes Thema seines Beitrags ausgewählt, der mit der Bemerkung schloss: »Das Verhältnis von Frauen und Männern: danach so ungeklärt wie vorher.«⁵

Was hat #aufschrei erreicht?

Der Erfolg, feministische Themen auf der öffentlichen Agenda verankert zu haben, bleibt. Doch ist allein das Grund zur Freude? Die Frustration für Feminist_innen setzt an zwei Stellen an: Es fehlen Parameter und Kriterien, mit denen gesellschaftliche Veränderung durch feministische Interventionen gemessen werden kann. Denn progressive Forderungen zielen eher auf große gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse ab, die Zeit brauchen. Zudem fehlt es an Wissen und anderen Ressourcen, um Erfolge im Onlineaktivismus zu einer tatsächlichen sozia-

len Bewegung oder nachhaltigen politischen Arbeit auszubauen. Insbesondere Online-Feminist_innen fehlt es an Infrastruktur, an Zeit, an Geld, an verlässlichen Netzwerken und damit an Wertschätzung. Die Herausforderungen insbesondere an jüngere Feminist_innen sind daher, ihre Erfolge füreinander und auch öffentlich messbar und sichtbar zu machen, um die Bewegung trotz aller Heterogenität innerlich zu festigen und nach außen hin Einfluss zu gewinnen. Des Weiteren müssen Wege gefunden werden, die Vorteile der losen Netzwerke mit den Vorteilen organisierter politischer Arbeit zu kombinieren, was unter anderem durch Erfahrungsaustausch zwischen Communities – insbesondere im intergenerationellen Dialog – gelingen könnte. Nach einem wichtigen Jahr des erfolgreichen *Agenda-Setting* könnte 2014 daher ein Jahr sein, in dem Feminist_innen sich daran machen, sich über alle Ebenen und Hürden hinweg untereinander zu vernetzen. Wenn feministische Perspektiven wirksam werden sollen, brauchen sie ein stabiles Fundament.

Der Verlust von Privatsphäre und Öffentlichkeit

Neben der Stärkung der feministischen Onlinebewegung von innen warten 2014 vor allem netzfeministische Fragestellungen auf Antworten. Der Digitale Wandel wirft für Feminist_innen die Frage auf, wie Intimsphäre und geschützte Räume gesichert werden können und wie eine neue demokratische Öffentlichkeit geschaffen werden kann, die gerechte Chancen, Beteiligung und Repräsentation bietet. Aktuell stehen wir jedoch vor dem Dilemma, sowohl den Verlust von Privatheit als auch den Verlust von selbstbestimmter Öffentlichkeit betrauern zu müssen. Gleichzeitig mehr Privatheit und mehr Öffentlichkeit zu wollen, widerspricht sich nicht. Doch die durch Über-

⁴ Die FPD scheiterte bei der Bundestagswahl 2013 an der 5-Prozent-Hürde und ist im 18. Bundestag nicht mehr vertreten. Ihr Spitzenkandidat Rainer Brüderle war im Januar 2013 von der Stern-Journalistin Laura Himmelreich wegen sexistischen Verhaltens kritisiert worden. In der medialen Debatte sind daher Brüderle und #aufschrei oft verknüpft worden, auch wenn der Beginn der Twitter-Initiative nicht auf Brüderles Verhalten zurückgeht, wie beteiligte Aktivist_innen immer wieder betonen.

⁵ Abrufbar unter: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2059278/Jahresrueckblick-Das-brachte-2013> (29.01.2014)

wachung und verfügbare Daten aufgebrochene Privatsphäre bewirkt das Beschneiden und Verfremden des eigenen öffentlichen Auftretens und Engagements. Angst und soziale Erwünschtheit – ausgelöst durch Überwachung – erzeugen bei uns Selbstzensur und *Impression-Management* (vgl. z.B. Ashford u. a. 1998, 23) der eigenen Person, die mit freiem Denken, Sprechen und Handeln nichts mehr zu tun haben. Das Bewusstsein darüber, dass rein gar nichts mehr ungesehen, ungelesen, ungehört geschehen kann, führt zu einer ständigen Performance vor virtuellem Publikum, deren Wirkweisen durchdacht und deren Risiken minimiert werden. Überwachung bewirkt eine Konformität (Akert/Aronson/Wilson 2004, 229f.) in Verhaltensweisen und Meinungen, die insbesondere kritische Communities schwächen wird. »A government that engages in mass surveillance cannot claim to value innovation, critical thinking, or originality«, fasst der Psychologe und Neurowissenschaftler Chris Chambers (Chambers 2013) den Zusammenhang von Öffentlichkeit und politisch gewollter Überwachung zusammen. Die Verhaltensanpassungen, die mit der Angst und dem Wissen um ungeschützte Kommunikation und Überwachung einhergehen, wirken sich daher negativ auf Natur und Wirksamkeit von Aktivismus auf. Denn angepasster Aktivismus ist kein politischer Widerstand mehr.

Post-Privacy als utopischer Überschuss

Es gibt verschiedene Lesarten zur Informationspreisgabe von Menschen, die durch soziale Netzwerke verstärkt worden ist. Kulturpessimistische Autor_innen ziehen dabei gerne Jugendliche als Beispiel heran, die über das Posten von Partybildern mutmaßlich ihre spätere berufliche Laufbahn gefährden. Sie geben zuviel

preis. Wiederum andere klagen darüber, dass Politiker_innen soziale Netze hauptsächlich zur Bekanntgabe ihrer Terminkalender nutzen anstatt auf konkrete Fragen von Bürger_innen einzugehen oder private Einblicke zu gewähren. Sie verraten zu wenig. Die verschiedenen Facetten der Persönlichkeit, die uns in ihrer Gesamtheit zu Menschen machen, haben es im Internet noch schwer. Die Anforderungen an das Management der Selbstdarstellung sind hoch.

Doch dass in sozialen Netzwerken Grenzen und Möglichkeiten getestet werden und nahezu jede Nutzerin und jeder Nutzer ein eigenes Regelverständnis hat, fordert gesellschaftliche Normen heraus und kann sie letztlich verändern. Ob das Teilen von Information, als *Oversharing*, d.h. als ein »zu viel« wahrgenommen wird, ist höchst subjektiv und verweist auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen von dem, was Menschen als privat, intim oder teilenswert auffassen. Es gibt passwortgeschützte Communities, Kommunikation unter Pseudonymen, aber auch Menschen mit Klarnamen, die in öffentlichen Netzwerken über tabuisierte Themen schreiben und diskutieren. Die Überschreitung von Kommunikationsnormen ist ein Aspekt von *Post-Privacy*. *Post-Privacy* beschreibt gleichzeitig eine kulturelle Praxis wie einen Zustand, der durch die nicht kontrollierbare Öffnung und Verletzung von Privatsphäre im Internet herbeigeführt wird. Der Autor Christian Heller beschreibt *Post-Privacy* als »Leben nach der Privatsphäre«, deren Rettung er für längst verloren hält (Heller 2011). Als feministische Aktivistin muss ich Hellers Akzeptanz des Verlusts der Privatsphäre jedoch hart widersprechen. »Privatsphäre ist ein Schlüsselrecht«, schreibt etwa Dinah PoKempner (PoKempner 2014, 1), Rechtsberaterin bei Human Rights Watch:

Von ihm hängt ab, inwieweit wir nahezu jedes andere Recht ausüben können, nicht zuletzt das Recht, uns mit den Menschen unserer Wahl auszutauschen und zu umgeben, politische Entscheidungen zu fällen, unsere Religion auszuüben, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, Bildungsangebote zu nutzen, herauszufinden, wen wir lieben, und unser Familienleben zu gestalten. Privatsphäre ist nichts weniger als der Schutzraum, in dem wir herausfinden, was wir denken und wer wir sind. Sie ist der Dreh- und Angelpunkt unserer Autonomie als Individuum» (ebd.).

Aus diesem Grund existieren Gesetze zum Datenschutz. Die Privatsphäre zu bewahren und zu stärken muss Feminist_innen ein politisches Anliegen sein. Als fremdbewirkter Zustand nicht hinnehmbar, kann *Post-Privacy* als etwas bewusst Angewandtes jedoch wertvoll werden. Ich möchte sie verstehen als kulturelle Praxis mit (positiv) verändernder Wirkung. Wenn beispielsweise Mädchen in sozialen Netzwerken beginnen, offen über Sexualität und ihre Körper zu sprechen, sich gegenseitig aufklären, Ängste nehmen und eigenständige Werte entwickeln und schließlich gegenüber veralteten, sexistischen Normen etablieren, ist das, was von Kulturpessimist_innen und besorgten Pädagog_innen zunächst als fragwürdige oder schädliche Grenzüberschreitung gelesen wurde, ein emanzipatorischer Gewinn. Ähnliches gilt für Foren, in denen Essgestörte das erste Mal über ihre Krankheit und ihr Empfinden sprechen, worüber sie dann vielleicht zu anonymen Onlineberatungsangeboten finden und schließlich eine reale Therapiemöglichkeit in Anspruch nehmen. Das Sprechen über Armut kann politische Debatten und Lösungen anregen. Neu gewonnenes Vertrauen in Onlinecommunities kann Scham reduzieren und weitere Verletzungen vermeiden, sowie helfen zu heilen. *Post-Privacy* kann also als emanzipato-

rische Praxis wirksam werden, wenn die zuvor in der Intimsphäre versteckten Informationen Relevanz für Selbstbestimmung und Freiheit besitzen. *Post-Privacy* kann emanzipativ wirken, wenn sie gemeinschaftlich getragen wird, die Gruppe Schutz vor Angriffen bietet und sie Druck von außen trotzen kann. Wie Tabuisierung, definierte Intimsphäre und bedürfnisorientierte Öffentlichkeit hier aufeinander treffen, zeigen die Reaktionen von Außenstehenden gegenüber Teenage-Mädchen und Essgestörten: Am liebsten sollen die so genannten *Pro-Ana*- und *Pro-Mia*-Seiten verboten werden, aus dem Netz zensiert. Dabei ist Intimes preis zu geben hier eine Chance. Es zu löschen wird die Probleme nicht lösen. Austausch im Netz kann hingegen eine wichtige Selbsthilfefunktion übernehmen oder Anlass bieten, sich professionelle Hilfe zu suchen.

Das Umdeuten von *Post-Privacy* in einen positiven Aspekt neuer Öffentlichkeit, ist dabei vor allem eine Konfliktlinie zwischen Älteren und Jüngeren, zwischen Menschen mit mehr und weniger Privilegien. *Post-Privacy* als selbst gewählte Praxis ist ein Ringen um mehr Freiheit und ein Kampf gegen gesellschaftliche Tabus. *Post-Privacy* ist Widerstand: Geächtete Verhaltensweisen werden öffentlich praktiziert, um sie schließlich zu etablieren. Klicks, Onlinekommentare und Tweets in 140 Zeichen mögen klein wirken, doch diese »tiny acts of participation« (Margetts 2013), wie Helen Margetts, Direktorin des Oxford Internet Instituts, sie nennt, summieren sich zu entscheidender Mobilisierung. Sie verändern die Welt.

Digitale Zensurmechanismen

Die Risiken, die damit verbunden sind, sich gegen bestehende Konventionen zu stellen, werden von Aktivist_innen in Kauf genommen. Denn Protest bleibt un-

wirksam, wenn er sich scheut, Grenzen zu überschreiten; dies können Grenzen der Privat- und Intimsphäre sein. Wenn Gegner_innen diese Form der *Post-Privacy* kritisieren und über das Aufzeigen möglicher Schäden Angst schüren, kann dies zu einem Zensurmechanismus anwachsen. (Internet-)Freiheit wird außerdem eingeschränkt durch staatliche Zensur und durch Netzanbieter. Was jedoch häufig übersehen wird, ist die Selbstzensur. Sie wird aktuell durch das Wissen um Überwachung verstärkt, aber auch durch soziale Normen, die festlegen, was erwünscht ist und was sanktioniert wird. Dass die deutsche Gesellschaft kaum noch Tabus kennt und für jede_n Freiheit bietet, können nur hoch privilegierte Menschen behaupten. Insbesondere im Internet bedarf es nicht einmal einer politischen Positionierung, um Anfeindungen und Beleidigungen zu erfahren. Oft reicht das Geschlecht, oft reicht ein Profilbild, das nicht dem gängigen Schönheitsideal entspricht, um Zurückweisung, Beleidigung und Herabstufung zu erfahren. In der Theorie werden meinungsbildende Diskurse im Netz demokratischer und vielstimmig, in der Realität schreiben sich gesellschaftliche Strukturen und ihre Ausschlüsse hier fort: Die Wikipedia, das größte Wissensarchiv des Internets, das von Nutzer_innen in freiwilligem Engagement geschrieben wird, ist fest in Männerhand (vgl. Gardner 2011).

Wie weiter?

Der öffentliche Diskurs ist zwar zunächst über Onlinemedien zugänglich für neue Akteur_innen geworden, die vorher keine Bühne und keine Stimme hatten, er kann stark mobilisieren und große Gruppen von Menschen zusammenbringen. Jedoch erfolgen Gegenbewegungen ebenfalls von vielen Seiten. Onlineaktivismus ist fragil. Teilnehmende werden in digitalen Debat-

ten und Protesten zwar nicht verhaftet, ihnen widerfährt auch keine Polizeigewalt. Doch insbesondere feministische Aktivist_innen im Netz werden von anderen Nutzer_innen verbal niedergeschlagen und schließlich verdrängt. Diese verdichteten Formen der Gewalt, Freiheits Einschränkungen und Drohungen sind in Deutschland in Diskursen der analogen Welt kaum denkbar, sie sind, wenn auch nicht verhinderbar, zumindest strafrechtlich verfolgbare und werden nicht toleriert. Für das Internet jedoch fehlen bislang sowohl gesellschaftliche als auch rechtlich gesicherte Entwürfe einer Öffentlichkeit, die Unversehrtheit garantieren wollen und virtuelle Gewalt fassen können. Eine digitale Öffentlichkeit, aus der Handlungsmöglichkeiten erwachsen können, muss anerkennen, dass auch virtuelle Verletzungen real sind. Dass Gewalterfahrungen und Ausgrenzung im Internet die Vielstimmigkeit und Gleichberechtigung einer neuen demokratischen Öffentlichkeit effektiv verhindern, unterstreicht die Dringlichkeit, eine gesellschaftliche Sensibilisierung für virtuelle Gewalt zu erreichen und juristisch wirksame Umgangsweisen damit zu finden. Internetfreiheit bedeutet mehr als die Freiheit von Überwachung und Zensur. Sollen Freiheitsversprechen des Internets eingelöst werden, müssen auch die Freiheitsforderungen, für die sich Feminist_innen schon lange überall einsetzen, hier zum Zuge kommen. Das Internet zu einem Ort zu machen, an dem bürgerschaftliches und politisches Engagement möglich ist und aufblühen kann, ist eine Aufgabe, die von der Ressortzuständigkeit dem Familienministerium und dem Justizministerium zufällt. Ob das Projekt *Safe Cyberspaces* öffentliche und politische Aufmerksamkeit erhält, liegt jetzt an den Aktivist_innen, die sichere Onlineorte so dringend brauchen.

Literatur

- Anonyme Blogger_in (2013): Bis zum männlichen* Horizont und nicht weiter. In: High on Clichés. <https://highoncliches.wordpress.com/about/> (28.12.2013).
- Aronson, Elliot/Wilson, Timothy D./Akert, Robin (2004): Sozialpsychologie (4. aktualisierte Auflage). München.
- Ashford, Susan J. u.a. (1998): Out on a limb: The role of context and impression management in selling gender-equity issues. In: *Administrative Science Quarterly*, 23–57.
- Chambers, Chris (2013): NSA and GCHQ: the flawed psychology of government mass surveillance. Research shows that indiscriminate monitoring fosters distrust, conformity and mediocrity. In: *The Guardian*. <http://www.theguardian.com/science/head-quarters/2013/aug/26/nsa-gchq-psychology-government-mass-surveillance> (26.12.2013).
- Dean, Jodi (1996): *Solidarity of strangers. Feminism after identity politics*. Berkeley/Los Angeles/London.
- Initiative D21 e.V./TNS Infratest GmbH: D21 -Digital-Index. Auf dem Weg in ein Digitales Deutschland?! (2013). In: <http://www.d21-digital-index.de/> (12.12.2013).
- Gardner, Sue (2011): Nine Reasons Women Don't Edit Wikipedia (in their own words). <http://suegardner.org/2011/02/19/nine-reasons-why-women-dont-edit-wikipedia-in-their-own-words/> (12.12.2013).
- Graff, Bernd (2010): Web 0.0 – Die neuen Idiotae. In: *Süddeutsche Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/digital/die-neuen-idiotae-web--1.335426> (2.1.2014).
- Grimme Institut (2013): Preisträger 2013. <http://www.grimme-institut.de/html/index.php?id=1667> (2.7.2013).
- Hähning, Anne/Locke, Stefan (2014): »Barbie ist ein Monster«. In: *DIE ZEIT*, Nr. 05/2014, 23.01.2014. <http://zeit.2014/05/anke-domscheit-berg-feminismus-daten-schutz-ddr-mauerfall> (28.01.2014).
- Heller, Christian (2012): *Post Privacy: Prima leben ohne Privatsphäre*. München.
- Initiative D21 e.V./TNS Infratest GmbH (2013): D21 -Digital-Index. Auf dem Weg in ein Digitales Deutschland?!. <http://www.d21-digital-index.de/> (12.12.2013).
- Kelle, Birgit (2013): Dann mach doch die Bluse zu! In: *The European*. <http://www.theeuropean.de/birgit-kelle/5805-bruederle-debatte-und-sexismus> (16.12.2013).
- Kelle, Birgit (2013): Dann mach doch die Bluse zu: Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn. Asslar.
- Lantzsch, Nadine (2013): #aufschrei – oder: Solidarität ist ein Prinzip, das von oben nach unten funktioniert. In: *medienelite.de*. <http://medienelite.de/aufschrei-oder-solidaritaet-ist-ein-prinzip-das-von-oben-nach-unten-funktioniert/> (28.12.2013).
- Margetts, Helen (2013): The unpredictability of politics in the age of social media. In: *Eurozine*. <http://www.eurozine.com/articles/2013-12-12-margetts-en.html> (22.12.2013).
- Penny, Laurie (2014): David Cameron's internet porn filter is the start of censorship creep. In: *The Guardian*. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jan/03/david-cameron-internet-porn-filter-censorship-creep> (4.01.2014).
- PoKempner, Dinah (2014): Die überfällige Rückkehr eines Rechts. Privatsphäre im Zeitalter der Überwachung. In: *Human Rights Watch – World Report 2014*. <http://www.hrw.org/world-report/2014/essays/122606?page=1> (26.01.2014).
- Shirky, Clay (2011): Why would we think social media is revolutionary? Vortrag auf der Konferenz SXSW in Austin am 12.3.2011: Zitate dokumentiert über: <http://storify/juliemoss/clay-shirky-speaks-at-sxsw-2011> (04.01.2014).
- Valenti, Jessica (2013): *Battling Feminist Burnout*. In: *The Nation*. <http://www.thenation.com/blog/173150/battling-feminist-burnout> (20.12.2013).
- Wischermann, Ulla (2013): *Feminismus und Medien – eine unglückliche Liaison?* In: *feministische studien* 31. Jg., Nr. 1, 188–193.
- Zeh, Juli (2009): *Corpus Delicti*. Frankfurt a.M.